

**Niederschrift zur 27. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 13. Juni 2013 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 22.25 Uhr

**Vorsitzende:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Jantz

**Tagesordnung:**

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 22. Sitzung vom 25.03.2013, der 23. Sitzung vom 11.04.2013 und 24. Sitzung vom 25.04.2013
3. Wie geht es weiter mit dem Spicarium?
4. Präsentation der Ergebnisse zur „Zukunft Zentrum Vegesack“  
Weiteres Verfahren
5. Bebauungsplan 1559 „Am Becketal“  
Entscheidung über die Bürgerbeteiligung
6. Anträge und Anfragen der Parteien
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Mitteilungen der Beiratsprecherin
9. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

**Anwesende Mitglieder:**

Beringer, Volker  
Buchholz, Rainer  
Degenhard, Cord  
Jäckel, Gabriele  
Keßenich, Gundram  
Kiener, Günter (ab 19.15 Uhr)  
Kurt, Sabri,  
Pörschke, Thomas  
Riebau, Joachim  
Scharf, Detlef  
Sonnekalb, Ralf  
Spiegelhalter-Jürgens, Iris  
Sprehe, Heike  
Sulimma, Wilfried  
Tienken, Volker

**Nicht teilgenommen:**

Schulte im Rodde, Christoph  
Frenzel, Greta

### **Sonstige Teilnehmer:**

Herrn Gawelzyk

Frau Karbautzki (Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH)

Herr Lemke (BPW baumgart+partner)

Herr von Stebut

Frau Wiedau (Bauamt Bremen-Nord)

Der Vorsitzende eröffnet die 27. Beiratssitzung. Die Einladung ist den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche werden zur Tagesordnung nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend genehmigt.

Der Vorsitzende weist auf einen Workshop zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Bremen und des Landschaftsprogramms des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr am 14. Juni 2013 hin.

Des Weiteren berichtet er, dass bundesweite Events an „100 besonderen Orten“ der Landschaftsarchitektur von April bis Oktober 2013 durchgeführt werden. Am 29. Juni 2013 findet um 15.00 Uhr eine Führung durch den Stadtgarten statt. Treffpunkt ist am Zugang zum Fähranleger.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat**

Es liegt ein schriftlicher Antrag per E-Mail vor. Es wird die zunehmende Lärmbelästigung an der A 270 beklagt. Der Bürgerantrag wird in den Sprecherausschuss verwiesen.

Mündliche Anträge und Wünsche werden nicht vorgetragen.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Genehmigung der Niederschrift der 22. Sitzung vom 25.03.2013, der 23. Sitzung vom 11.04.2013 und 24. Sitzung vom 25.04.2013**

Die Niederschrift zur 22. Sitzung vom 25. März 2013, die Niederschrift zur 23. Sitzung vom 11. April 2013 und die Niederschrift zur 24. Sitzung 2013 werden jeweils wie vorliegend genehmigt.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Wie geht es weiter mit dem Spicarium?**

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Das Spicarium und die Maritime Meile insgesamt beschäftigen den Beirat seit langem. Der Vorsitzende verweist insbesondere auf den Beschluss des Beirates gem. § 32 (1) des Beirätegesetzes mit dem die Aufnahme der erforderlichen Mittel für den Fortbetrieb des Spicariums in den Haushalt beantragt wurden. Eine Gruppe um Herrn von Stebut ist bereit die Trägerschaft zu übernehmen. Dennoch liegen seitens der Behörde keine Informationen zur Fortsetzung der Arbeit des Spicariums vor. In der Presse wurde die Fortführung gar als zweifelhaft dargestellt.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass das Spicarium wesentlicher Bestandteil der maritimen Meile ist. Die Mitarbeiter vor Ort wissen nicht, ob ihre Anstellung auch über das Jahr 2013 hinaus fortbestehen wird.

Die Deputation hat grundsätzlich den Fortbestand beschlossen und die Wirtschaftsbehörde aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln und dieses nach der Sommerpause vorzustellen.

Der Vorsitzende bittet Herrn von Stebut das Konzept zu erläutern.

Herr von Stebut führt aus, sich eine Gruppe gebildet hat, die die Trägerschaft des Spicariums übernehmen würde. Als Mitglieder dieses Freundeskreises benennt er Frank Schaedla, Lutz Frommherz, Sigrid Köstermann, Jörg Beiderbeck, Wolfgang Haas, Frithjof Schmidt und sich. Der Freundeskreis hat den Kontakt zum Kulturbüro Bremen-Nord gesucht. Gemeinsam wünscht man sich eine freundschaftliche Übernahme. Herr von Stebut teilt mit, dass das Spicarium die einzige Kultureinrichtung im Verbund Bremen-Nord ist, die keinen eigenen Trägerverein hat.

Die derzeitige Ausgestaltung des Spicariums stellt lediglich einen Anfang dar. Es bedarf eines Fortführungskonzeptes. Das Spicarium kann nur eine Zukunft haben, wenn der Ausblick auf die Zukunft ausgebaut wird, ein Fenster in die Wissenschaft geöffnet wird. Das Spicarium wird nur Erfolg haben, wenn es regelmäßig Neuerungen präsentieren kann, um so Besucher auch wiederholt zu interessieren.

Gemeinsam mit Frau Dr. Steffi Kollmann von der Hochschule Bremen wurde ein Zukunftskonzept entwickelt. Mögliche Kooperationspartner wurden bereits gewonnen. Ziel ist es, einen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft herzustellen. In regelmäßigen zeitlichen Abständen sollen Fachvorträge und Kolloquien angeboten werden.

Das direkte Gespräch zum Besucher soll gesucht werden, da es nicht ausreicht, lediglich eine Ausstellung zu präsentieren.

Bereits seit längerer Zeit gibt es keinen Info-Point in Vegesack. Dieser könnte im Spicarium integriert werden. Hierfür ist es von Vorteil, dass das Spicarium auch an den Wochenende geöffnet hat und zentral gelegen ist. Allerdings ist es nicht damit getan, die Infos nur auszulegen. Qualifiziertes Personal muss bedarfsgerechte Angebote zusammenstellen. Herr von Stebut spricht sich für eine Belebung der Dachmarke Maritime Meile aus.

Er teilt mit, dass von dem Freundeskreis zunächst der Sachstand zum Spicarium aufgenommen wurde, beispielsweise fehlt noch eine förmliche Bauabnahme.

Sicherheitsrelevante Maßnahmen fehlen. Ein Wirtschaftsplan ist zu erstellen und ein Marketingkonzept zu entwerfen.

Herr von Stebut geht auf die Besucherzahlen ein. In einzelnen Äußerungen des Wirtschaftssenators ist eine jährliche Besucherzahl von 30.000 angenommen worden. Diese Zahl wird in keiner Weise erreicht werden können. Mit einer entsprechenden Konzeptfortschreibung wird man in einigen Jahren evtl. 15.000 Besucher erreichen können.

Herr von Stebut merkt an, dass das Defizit, das aus laufenden Unterhaltungskosten voraussichtlich 130.000 Euro im Jahr beträgt und durch die Öffentlichkeit zu finanzieren ist. Der Freundeskreis kann für Projekte finanzielle Mittel einwerben. Er ist angetreten, dem Spicarium eine Zukunft zu geben und wird dafür sein Netzwerk in Bremen-Nord nutzen. Als Alternative zu dem skizzierten Konzept beschreibt Herr von Stebut die Austrocknung und sich anschließende Schließung des Spicariums.

Die Wirtschaftsbehörde hat angeregt, einen Förderverein für das Spicarium anstelle eines Trägervereins zu gründen. Die Kommunikation und das Verhalten seitens der Behörde bezeichnet Herr von Stebut als stillos.

Das Personal ist grundsätzlich die Seele eines Geschäfts. Daher verwundert es ihn, dass die Behörde während der Sitzung nicht vertreten ist. Die Verantwortung für die aktuelle Situation des Spicariums liegt aus seiner Sicht ausschließlich beim Senat.

Die Möglichkeiten des Freundeskreises um Herrn von Stebut als Privatpersonen sind nunmehr ausgeschöpft.

Herr Pörschke berichtet von einem Gespräch mit Beiratsvertretern und der Finanzsenatorin. Dort wurde die Bedeutung des Spicariums noch einmal hervorgehoben. Auch auf Herrn Pörschke wirkt die Kommunikation des Senators verheerend.

Die Überlegung, die Absicherung des Universums mit der Absicherung des Spicariums zu verknüpfen erachtet er als sinnvoll.

Er bittet alle Beteiligten in ihren Einflussbereichen für das Spicarium zu werben.

Herr Buchholz betont die Bedeutung des Spicariums für die Maritime Meile. Er kritisiert, dass die Behörde bisher nicht mit Konzepten überzeugen konnte und zur Beiratssitzung nicht erschienen ist. Leider wurde Vegesack in Vergangenheit wiederholt Opfer von falsch vorausgesetzten Besucherzahlen. Herr Buchholz erwartet eine klare Positionierung zum Fortbestand des Spicariums. Es muss eine Vernetzung stattfinden. Das Engagement darf sich nicht nur in die Erstellung von Prospekten erschließen.

Herr Degenhard bezeichnet das Spicarium als Juwel mit viel Potential.

Allerdings bemängelt er den Namen. Niemand weiß, was sich hinter dem Namen Spicarium verbirgt. Zudem ist aus seiner Sicht, die Ausschilderung unzureichend.

Herr Degenhard vermutet, dass die Behörde das Spicarium austrocknen lassen wird und das auch auf Grund seines Standorts in Bremen-Nord. Denn niemand würde das Auswanderer Haus und das Überseemuseum in Frage stellen.

Frau Sprehe zeigt sich von der Vorstellung des Konzeptes von Herrn von Stebut und die dargestellten Planungen beeindruckt. Sie ist vom Wirtschaftssenator enttäuscht, dass der Deputationsbeschluss erst jetzt erfolgt ist. Sie fordert, dass das vom Wirtschaftsressort zu erarbeitende Konzept direkt nach der Sommerpause vorgelegt werden soll. Sie spricht die für die Mitarbeiter unbefriedigende Situation an.

Frau Sprehe erachtet es als wichtig, dass Privatpersonen, die sich engagieren, auch inhaltlich eingebunden werden.

Sie bemerkt, dass sich die Werbung verbessert hat. Die neue Bremenwerbung enthält zwei Seiten für Vegesack.

Herr Pörschke stellt heraus, dass das Kulturbüro in seinem Wirtschaftsplan eine Besucheranzahl von 10.000 und nicht 30.000 Personen angenommen hat. Allerdings vermutet Herr Pörschke nicht Strategie des Wirtschaftssenators, die Besucherzahl zu hoch anzusetzen, sondern Unkenntnis.

Er ist sich sicher, dass wer das Spicarium knapp hält, auch die Besucherzahlen knapp hält.

Herr Pörschke spricht sich für den Erhalt des Spicariums aus.

Herr von Stebut meint, dass eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Universum und Spicarium zu untersuchen ist.

Er sieht einen Dissens zwischen dem Senator und seiner Verwaltung. Bereits im Mai 2012 hat die Verwaltung dem Senator mitgeteilt, dass ab dem 1. Januar 2014 eine Fehlbedarfsfinanzierung erfolgen muss. Er merkt noch einmal an, dass ein Haus dieser Art nicht ohne Defizit ausgleich zu betreiben ist.

Herr Scharf verweist auf den gemeinsam zu diesem Tagesordnungspunkt formulierten Antrag. Er gibt an, dass die Wirtschaftsbehörde doch wissen müsse, dass Tourismusprojekte Geld kosten würden.

Herr Beringer zeigt sich vom Wirtschaftssenator enttäuscht und kritisiert den Umgang mit dem Personal. Er verteidigt den Namen Spicarium.

Der Vorsitzende verweist auf den gemeinsamen Antrag und schlägt auf Grund des Diskussionsverlauf eine Ergänzung vor.

#### Beschluss:

Der Beirat Vegesack bekräftigt seine Forderung nach dem Erhalt des Spicariums und fordert den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, ausreichende finanzielle Mittel für den Fortbestand des Spicariums in den Haushalt 2014/2015 einzustellen. Dabei sind qualifiziertes Personal in erforderlichem Umfang und ein verbessertes Marketing zu berücksichtigen.

Der Beirat Vegesack begrüßt die konzeptionellen Ausführungen der Gruppe um Herrn von Stebut für das Spicarium.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird aufgefordert, unmittelbar nach der Sommerpause eine detaillierte Planung über die Fortsetzung des Betriebes ab dem Jahr 2014 vorzulegen. Dabei ist das dort bereits bekannte Konzept ausdrücklich einzubeziehen.

Die personelle Kontinuität im Spicarium ist zu gewährleisten. Deshalb ist das möglicherweise arbeitsrechtliche fristbedingte Erfordernis von Kündigungen unter allen Umständen zu vermeiden.

#### Ergebnis:

- einstimmig -

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Präsentation der Ergebnisse zur „Zukunft Zentrum Vegesack“ Weiteres Verfahren**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Karbautzki und Herrn Gawelzyk und führt in die Thematik ein.

Herr Gawelzyk führt aus, als interessierter Bürger beteiligt und eingebunden worden zu sein. Er lobt die offene Arbeitsatmosphäre und zeigt sich von der hohen Zahl an Beteiligungen beeindruckt. Sachlich und inhaltlich begründete Beiträge wurden eingereicht. Die Zukunftsplanung im Internet wurde sehr detailliert durchgeführt. Ziel war es, ein Konzept und eine Positionierung für den Stadtteil zu entwickeln. Nun muss die Fortführung der Bürgerbeteiligung organisiert werden.

Frau Karbautzki stellt die Ergebnisse der 2. Phase der Bürgerbeteiligung vor. 150 Vorschläge wurden in 23 Abstimmungsfragen zusammengefasst. Zudem konnten noch weitere Vorschläge eingebracht werden. Die Präsentation der Ergebnisse wird als Anlage zum Protokoll genommen (siehe Anlage)

Nun ist zu überlegen, wie der Beteiligungsprozess fortgeführt werden soll. Beispielsweise könnte das Portal weiterhin offen gehalten werden und über Bearbeitungsstände zu den einzelnen Vorschlägen informieren.

Herr Degenhard sieht die viele Arbeit, die geleistet wurde. Dennoch ist er von der geringen Beteiligung enttäuscht. Er befürchtet, dass kein reelles Meinungsbild erfasst wurde, da deutlich wird, dass Einzelne eine hohe Zustimmung zu ihren Vorschlägen organisiert haben.

Herr Buchholz hat bereits im Vorfeld zu den Skeptikern gehört. Er schließt sich weitestgehend den Äußerungen von Herrn Degenhard an. Er erachtet die Plattform als richtige Möglichkeit des Dialogs, wenn sich die Nutzerzahlen deutlich vervielfältigen würden.

Frau Sprehe bezeichnet die Frist zur Teilnahme von 10 Tagen als zu kurz. Immerhin haben sich ca. 100 Personen eine halbe Stunde Zeit genommen, um die Fragen durchzuklicken. Es konnten mehr Menschen erreicht werden, als dieses bisher mit einer Beiratssitzung gelungen ist. Sie spricht sich für eine Plattform aus, auf der weitergearbeitet werden kann. Sie regt an, das weitere Verfahren im Stadtentwicklungsausschuss abzustimmen.

Herr Scharf spricht sich für eine Verlängerung der Teilnahmemöglichkeit aus. Für ihn als gewählter Kommunalpolitiker ist das Feedback aus der Bevölkerung wichtig. Er dankt dem ifib für die Begleitung.

Herr Pörschke wünscht sich, dass die Kommentarfunktion fortbesteht. Er freut sich über das aktuelle Ergebnis, denn es bildet das ab, was sich die Menschen wünschen.

Frau Krabautzki bewertet die 150 Eingaben als positiv. Der Prozess war die gesamte Zeit über online einsehbar. Ob eine Möglichkeit zur Verlängerung besteht, müsste geprüft werden.

Herr Gawelzyk sieht mit den Eingaben das Meinungsbild der Bürger gut abgebildet. Das Instrument sollte genutzt werden, um die Wünsche der Bürger umzusetzen.

Der Vorsitzende verweist auf den Modellcharakter des Projekts.

Ein Bürger regt an, auch schriftliche Eingaben zu akzeptieren, da viele Personen noch nicht über die notwendige Medienkompetenz verfügen würden.

Der Vorsitzende reflektiert daraufhin das Verfahren zur Bürgerbeteiligung seit 2012. Zunächst wurde eine schriftliche Abfrage initiiert. Aus den Ergebnissen wurden Themenkomplexer herausgefiltert. Und auch zur Onlinebefragung bestand die Möglichkeit, schriftliche Eingaben zu machen.

Herr Keibel, der sich ebenfalls mit eingebracht hat, merkt an, dass die Beteiligungsmöglichkeit öffentlich besser hätte präsent sein können. Er regt die direkte, persönliche Ansprache der Bürger an.

Herr Hösselbart bewertet die Teilnehmerzahl als Erfolg. Alle waren aufgerufen, Interessierte anzusprechen und die Abstimmungsmöglichkeit weiterzugeben. Er spricht sich für einen engeren Dialog der Akteure im Stadtteil aus.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Ergebnisse an den Sprecherausschuss zur weiteren Koordinierung weiterzuleiten, da sie thematisch nicht ausschließlich einem Fachausschuss zugeordnet werden können. Er regt an, die Kommunikation über das Internet weiter bis zum 30. Juni 2013 zu ermöglichen.

Die Beiratsmitglieder folgen diesem Vorschlag einstimmig.

Sitzung wird von 20.30 Uhr bis 20.40 Uhr unterbrochen.

## **Tagesordnungspunkt 5**

### **Bebauungsplan 1559 „Am Becketal“**

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Es hat sich ein Investor gefunden, der im Bereich Am Becketal eine Wohnbebauung realisieren möchte. Aus diesem Grund wurde der Bebauungsplan 1559 entworfen, der in seinen Grundzügen nunmehr dem Beirat vorgestellt wird.

Herr Lemke stellt das Planverfahren vor und benennt den Anlass der Planung und die Ziele. Er umreist das Plangebiet und reflektiert die Vorgaben. Herr Lemke erläutert das Beteiligungsverfahren.

Es wird ein Wohngebiet von dem Investor Kattau Immobilien geplant. Die Grundstücke sollen mindestens 500 Quadratmeter groß sein.

baumgart+partner erarbeiten das Bauleitplanverfahren. Es soll ein Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB erstellt werden.

Für das Gebiet existiert bereits ein Bebauungsplan 336. Es besteht schon jetzt das Baurecht für ein Kleinsiedlungsgebiet. Da diese Festsetzungen allerdings nicht mehr treffend sind, muss das Baurecht angepasst werden.

Herr Lemke teilt mit, dass ein Schallschutzgutachten hinsichtlich der Lärmbelästigung durch den Schienenverkehr vorliegt. Eine Bebauung ist mit einer Lärmschutzwand möglich.

Wenn Straßen im Querschnitt verändert werden müssen, wie es hier der Fall ist, ist dieses vom Vorhabenträger zu finanzieren. Für die Straße muss eine Entwässerung geplant werden.

Frau Wiedau zeigt die geplante Lärmschutzwand, die nicht durchgängig sein muss. Teilweise ist ein passiver Lärmschutz möglich.

Herr Bucholz bittet um Erläuterungen zu dem geplanten Spielplatz für Kleinkinder.

Herr Lemke merkt an, dass dieser noch nicht endabgestimmt ist. Die Lage zwischen zwei Stichwegen wurde gewählt, da Spielplätze vom Amt für Soziale Dienste nicht gerne an Straßen gesehen werden. Es ist allerdings noch zu klären, wer sich um den Spielplatz kümmern wird.

Herr Tienken fragt, wie nah die Häuser an die Bahnschienen gebaut werden dürften und ob das Gebiet nicht als Regenwasserrückstaubecken diene und damit die Bebauung eine Gefahr darstellen würde.

Ob der Bereich als Rückstaubeckengebiet, wissen Herr Lemke und Frau Wiedau nicht.

Frau Wiedau berichtet, dass zzt. ein Bodengutachten erstellt wird. Die Entwässerung ist zu prüfen und ggf. ist eine Verrohrung durchzuführen.

Herr Lemke merkt an, dass die Entwässerung zunächst auf dem eigenen Grundstück erfolgen muss.

Einen festen, einzuhaltenden Abstand zu Bahnschienen gibt es nicht. Die Bahn wird an der Planung beteiligt. Im Lärmschutzgutachten wird die Lärmschutzwand mit einer Höhe von 3 Metern ausgewiesen.

Frau Sprehe findet den Spielplatz sympathisch. Er könnte auch als Gemeinschaftsquartiersplatz dargestellt werden. Sie bemerkt, dass bei Neuansiedlungen auf Lärmschutz geachtet würde, bei Altbeständen hingegen nicht. Zudem erfragt sie den zu erwartenden Straßenausbau.

Herr Lemke erklärt, dass die Straße nach Osten auf 4,5 Meter ausgebaut wird. Inwieweit ein Ausbau zu erfolgen hat, ist mit dem Amt für Straßen und Verkehr abzustimmen.

Frau Wiedau ergänzt, dass die Kostenübernahme durch den Bauvorhabenträger vertraglich zuzusichern ist.

Frau Sprehe sieht mit einem Ausbau der Straße auch eine Verbesserung für die bestehende Anwohnerschaft.

Herr Scharf erachtet das Gebiet nicht als geeignet für eine Bebauung, da dieses ein Kleinod darstellt. Er hofft, dass das Bauvorhaben nicht zustande kommt.

Herr Kiener hingegen befürwortet das Bauverfahren. Er befürchtet auch kein Verkehrschaos. Das Grundstück eignet sich für eine Bebauung und das bewaldete Gebiet bleibt unberührt. Die Hochwasserschutzforderungen bezeichnet er als an den Haaren herbeigezogen, andere Gebiete hätten aufgefüllt werden müssen.

Herr Pörschke findet, dass es einen Unterschied hinsichtlich des Lärmschutzes macht, ob ein Wohngebiet neu entsteht oder neue Lärmquellen in einem bestehenden Gebiet entstehen. Die Käufer können frei entscheiden, welches Grundstück sie jeweils auswählen. Schallschutzmaßnahmen bedeuten auch Eingriffe bei den Bewohnern.

Bevor die Bürgerinnen zu Wort kommen, erläutert der Vorsitzende die umfangreichen Beteiligungsmöglichkeiten.

Frau Hellmann (Vertreterin der Bürgerinitiative), die gegenüber dem neugeplanten Wohngebiet wohnt, hätte nicht gedacht, dass so viele neue Häuser entstehen sollen. Sie stört der Autoverkehr bereits schon jetzt, weil die Straße häufig als Abkürzung genutzt wird. Deshalb fordert sie eine Einbahnstraßenregelung. Aus ihrer Sicht sind vier Stichstraßen auf der engen Straße nicht möglich. Auf Grund der Architektur des Gebiets, würde bei den Nachbarn regelmäßig Wasser in den Keller laufen.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Bedenken an das Bauamt Bremen-Nord weitergeleitet würden.

Herr Kiener bestätigt die Wasserproblematik, da sich in diesem Gebiet ein sehr bindiger Boden befinden würde.

Frau Holtmann hinterfragt das Schallschutzgutachten und die konkreten Messzeiten. Sie merkt an, dass das Grundstück nicht frei sei, da dort Rehe wohnen würden und noch Betonsockel und Mauern der alten Gewächshäuser stehen würden.

Herr Lemke berichtet, dass Schallschutzgutachten Tages- und Nachwerte betrachten. Die Karte der nächtlichen Messungen ist entscheidend, da dann die höchsten Schutzansprüche bestehen.

Er meint, dass nicht viel Verkehr zu erwarten ist, da 25 Wohneinheiten geplant sind.

Der Vorsitzende schlägt als weitere Form der Bürgerbeteiligung die Durchführung einer Einwohnerversammlung vor. Zudem sind bereits bis zur Einwohnerversammlung die bereits angesprochenen Fragen zu klären.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack nimmt die Ausführungen des Bauamtes Bremen-Nord und des Büros baumgart+partner zum Entwurf des Bebauungsplanes 1559 „Wohnbebauung am Becketal“ zur Kenntnis.

Der Beirat Vegesack beschließt, die Durchführung einer Einwohnerversammlung als frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Der Beirat Vegesack bittet bereits zur Einwohnerversammlung zu klären, in welchem Umfang ein Straßenausbau erfolgt.

Des Weiteren ist zu klären, ob das angesprochene Gebiet Regenwasserstaubereich ist.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die Sitzung wird von 21.25 Uhr bis 21.30 Uhr unterbrochen.

**Tagesordnungspunkt 6  
Vergabe von Globalmitteln**

Nachfolgend wird die Beschlusslage des Beirates aufgeführt. Die beschlossenen Zuschüsse verstehen sich jeweils mit dem Zusatz „bis zu einer Höhe von“.

	Antragsteller	Verwendungszweck	Antrag	Betrag	Anmerkung/Beschlussfassung
05	Beirat Vegesack	Präsentationszwecke	1.000,00	1.000,00	500 Euro wurden bereits beschlossen, so dass nunmehr eine Summe von insg. 1.500 Euro zur Verfügung steht. einstimmig
26	Kreissportbund Bremen-Nord	Spieltreff HB-Nord	2.000,00	700,00	Der Spieltreff muss sich zwingen in Blumenthal befinden. Der Vorsitzende schlägt einen Zuschuss i.H.v. 700 Euro (analog einer Drittförderung) vor. Herr Degenhard schlägt vor, den Spieltreff mit 2.000 Euro zu bezuschussen. Die Maßnahme mit 2.000 Euro wird bei 3 Stimmen dafür, 11 dagegen, 1 Enthaltung abgelehnt. Die Maßnahme mit 700 Euro zu bezuschussen wird mit 11 Stimmen dafür, 3 dagegen und 1 Enthaltung gefasst.
37	ADFC	Schulwegeplan für Vegesack	5.000,00	2.500,00	Der Beirat Osterholz bewilligte im Jahr 2.500,- für die Erstellung der Broschüren in seinem Stadtteil. Diese liegt nun an den Schulen aus. Die Nachfrage ist normal. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Maßnahme für den Stadtteil Vegesack ebenfalls mit einem Zuschuss von 2.500 Euro zu fördern, wird einstimmig gefolgt.
41	Clarissa Dietrich	Schmierereien am Mahnmal	200,00	200,00	einstimmig

## **Tagesordnungspunkt 7**

### **Anträge und Anfragen der Parteien**

Es liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

Die FDP-Beiratsfraktion hat einen Dringlichkeitsantrag überschrieben mit „Bustransfer für Vegesacker Grundschulen zur Teilnahme des „Staffeltages“ im Bremer Weserstation sicherstellen“ eingereicht.

Herr Buchholz hat von Frau Ahrens (Schulleiterin der Schule Alt-Aumund) erfahren, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, einen Bus zu organisieren, da die angesprochenen Busunternehmen keine Kapazitäten mehr frei haben.

Damit sei der eigentliche Anlass des Antrages hinfällig geworden, erklärt Herr Buchholz, dennoch verbleiben zwei Sätze des Antrages. Zum Einen sollte die Senatorin gerügt werden und zum Anderen sollte die im nächsten Jahr folgende Veranstaltung thematisiert werden. Der Antrag könnte, da die Dringlichkeit nicht mehr gegeben ist, in der Sitzung nach den Sommerferien thematisiert werden.

Der Vorsitzende sieht die Dringlichkeit ebenfalls nicht mehr gegeben und kündigt die Beratung in der folgenden Beiratssitzung an. Bis dahin wird Herr Buchholz den Antrag entsprechend aktualisieren.

Es liegt ein Antrag der CDU-Beiratsfraktion zur „Inklusion am Gymnasium Vegesack“ vor.

Herr Scharf spricht zur Dringlichkeit. Die Ferien stehen unmittelbar bevor, die nächste Sitzung des Beirates findet erst nach Schulbeginn statt.

Kinder mit Behinderung müssen auch zum Gymnasium Vegesack gehen können.

Herr Buchholz schlägt vor, den Antrag an den Bildungsausschuss zu verweisen, um die Sachlage verbindlich zu klären. Den Beiratsmitgliedern ist die tatsächliche Sachlage, sind die rechtlichen Vorgaben nicht ausreichend bekannt, um eine gesicherte Entscheidung treffen zu können.

Frau Spiegelhalter-Jürgens sieht die Dringlichkeit gegeben, da Schüler angesprochen sein könnten, die nach den Ferien die 11. Klasse besuchen werden.

Frau Sprehe stellt fest, dass die Sach- und Rechtslage nicht klar ist.

Der Vorsitzende fragt nach dem Risiko, dass die Beiratsmitglieder mit einer Beschlussfassung eingehen würden. Ggf. würde eine Belehrung durch die senatorische Behörde erfolgen.

#### Beschluss:

Die Dringlichkeit wird festgestellt.

#### Ergebnis:

13 Mitglieder stimmen für die Dringlichkeit, 2 enthalten sich

Herr Scharf teilt mit, dass Eltern gezwungen werden, ihre Kinder von der Schule zu nehmen.

Frau Jäckel meint, dass bekannt sei, dass die angesprochenen Kinder am Gymnasium nicht zum Abitur zugelassen würden.

Frau Spiegelhalter-Jürgens teilt mit, dass den Eltern zugesagt wurde, dass sie ihre Kinder auf dem Gymnasium lassen könnten.

Herr Kienert schlägt vor, dass sich der Beirat zunächst entsprechend informieren sollte, bevor er eine Abstimmung herbeiführt.

Der Vorsitzende regt an, nach erfolgter Beschlussfassung das Thema grundsätzlich im Bildungsausschuss aufzugreifen und die Zusammenhänge durch die Bildungsbehörde aufzeigen und erklären zu lassen.

Herr Buchholz meldet sich zur Geschäftsordnung. Er erklärt, dass er auf Grund der ungeklärten sachlichen Zusammenhänge diesem Antrag nicht zustimmen kann. Auch wenn er die Intention gut findet. Er kann diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Pörschke fragt, ob der Apell für mehr Flexibilität nicht doch von den Beiratsmitgliedern beschlossen werden könnte. Er spricht sich für eine sich anschließende Aufklärung im Bildungsausschuss aus.

Der Vorsitzende meint, dass erachtet die Forderung nach einer höheren Flexibilität als deutlich zu unbestimmt und regt eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag an.

Frau Sprehe findet, dass der Beirat wissen sollte, über was er abstimmt. Sie weigert sich trotz des wichtigen Themas etwas abzustimmen, da die Beiratsmitglieder nicht ausreichend informiert seien.

#### Beschlussvorschlag:

Jedes Kind kann selbst entscheiden, ob es die Schule nach der 11. Klasse verlässt oder an der Schule weitermacht. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass das nicht auch für behinderte Kinder gilt. Das Recht, was den gesunden Kindern zusteht, muss auch den behinderten Kindern zustehen. Den Kindern bzw. deren Eltern vorzuschreiben, dass das Kind an eine Berufsschule zu wechseln hat, ist eine Bevormundung und Rückschlag für die Inklusionsgedanken.

#### Ergebnis:

Der Antrag wird bei 3 Stimmen dafür, 4 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag wird an den Bildungsausschuss verwiesen.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur „Pfleger öffentlicher Grünanlagen“ vor.

Herr Scharf führt zur Dringlichkeit aus, dass die Sichtverhältnisse an Straßeneinfahrtbereichen durch wucherndes Grün gefährlich eingeschränkt seien.

Bei einer Enthaltung wird die Dringlichkeit einstimmig festgestellt.

Eine inhaltliche Aussprache wird nicht gewünscht.

### Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, öffentliches Grün zurück zu schneiden. Vorrangig sind dabei die Flächen an Kreuzungen und Autobahnabfahrten zu berücksichtigen.

### Ergebnis:

- einstimmig -

Es liegt ein Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Müllgebührenerhöhung und Abfallwirtschaft“ vor.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Fragestellung keine Angelegenheit des Beirates ist. Er regt daher an, eine Erklärung abzugeben.

Herr Kurt zeigt sich als Antragsteller mit dem Vorschlag einverstanden.

Herr Scharf beantragt die abschnittsweise Abstimmung.

Herr Buchholz wird den Punkt 4 ablehnen, zudem ist die Sachlage für eine Nachverhandlung mit der Firma Nehlsen unklar.

Herr Kiener spricht sich ebenfalls gegen eine Re-Kommunalisierung aus. Er erachtet die hohe Belastung für Einzelpersonen kritisch.

Herr Pörschke bezeichnet die Behandlung dieses umfangreichen Themas zu der späten Stunde als eine Zumutung. Der Punkt 1 ist zu ungenau formuliert. Er plädiert daher dafür, die Beratung zu den Punkten 1 und 4 zu vertagen.

Frau Spiegelhalter-Jürgens möchte, dass die Beratung im Rahmen einer öffentlichen Sitzung stattfindet.

Herr Degenhard fühlt sich fachlich überfordert und schlägt die Verweisung in den Umweltausschuss vor.

Frau Sprehe merkt an, dass die Beirätekonferenz öffentlich tagt. Sie spricht für eine Beratung in der Beirätekonferenz aus und nicht in jedem Beirat.

Herr Buchholz merkt an, dass eine Beschlussfassung in der Beirätekonferenz nur auf Grund eines Beiratsvotums erfolgen kann.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Anträge auf Aussetzung abstimmen, da diese die weitergehenden sind.

Bei 5 Stimmen für eine Aussetzung des Punktes 1 und 8 Gegenstimmen, wird der Antrag auf Aussetzung des Punktes 1 abgelehnt.

Bei 6 Stimmen für eine Aussetzung des Punktes 1 und 8 Gegenstimmen, wird der Antrag auf Aussetzung des Punktes 4 abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende über die Erklärung abschnittabschnittsweise abstimmen.

#### Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Beirätekonferenz auf, das Thema „Müllgebührenerhöhung und Abfallwirtschaft“ zu behandeln und die Erklärung des Beirates Vegesacks bei den Beratungen zu berücksichtigen.

(Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)

#### Müllgebührenerhöhung und Abfallwirtschaft

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf,

1. die bestehende Gebührenstaffelung entsprechend der Anzahl der Personen in einem Haushalt beizubehalten;  
(Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
2. Nachbarschaftszusammenschlüsse bei der Müllentsorgung zu fördern, um Kosten für EinwohnerInnen und Entsorgung zu senken;  
(Ergebnis: einstimmig)
3. mit der Firma Nehlsen im Sinne einer Beitragsstabilität nachzuverhandeln.  
(Ergebnis: Bei einer Gegenstimme beschlossen.)
4. Eine mögliche Re-Kommunalisierung ist zu prüfen.  
(Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Ein weiterer Antrag wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur „Kooperationsvereinbarung für die Schule Am Wasser und dem Horthaus Grohn“ eingereicht.

Frau Spiegelhalter-Jürgens trägt den Antrag vor. Eine inhaltliche Beratung findet nicht statt.

#### Beschluss:

Der Vegesacker Beirat ersucht die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, eine Kooperationsvereinbarung für die Schule Am Wasser und das Horthaus Grohn zu erarbeiten. Mit der Vereinbarung soll die enge personelle und räumliche Kooperation beider Einrichtungen rechtlich abgesichert werden. Vorhandene Ressourcen müssen erhalten und effizient genutzt werden.

#### Ergebnis:

- einstimmig -

Außerdem liegt ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum „Erhalt des Gebäudes des ehemaligen Förderzentrums Am Wasser für die Nutzung durch die Einrichtungen des Kinder- und Familienzentrums Horthaus Grohn und Haus Windock sowie der Schule Am Wasser“ vor.

Eine Veräußerung des Gebäudes steht nicht zur Disposition. Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass Herr Marotzke (Schulleiter der Schule Am Wasser) ihm mitgeteilt hat, dass er an einer Nutzung des Gebäudes z.B. durch das Rebus nicht beteiligt wurde.

Da dieses ein Thema von öffentlichem Interesse ist und somit der Beirat zu beteiligen ist, hat der Vorsitzende bereits Kontakt zur senatorischen Dienststelle aufgenommen. Von dort wurde zugesagt, erst nach Beteiligung des Beirates eine Entscheidung treffen zu wollen.

Frau Spiegelhalter-Jürgens trägt mündlich einen geänderten Antragstext vor.

Der Vorsitzende stellt fest, dass diese Formulierung einen völlig neuen Antrag darstellt. Er schlägt daher vor, die Beratung zu vertagen.

Die Beiratsmitglieder sprechen sich dafür aus, den Antrag während der Augustsitzung zu beraten. Frau Spiegelhalter-Jürgens wird eine neue schriftliche Fassung hierzu formulieren.

Der Beirat drückt seine Missbilligung ob des Vorgehens der senatorischen Behörde aus. Der Vorsitzende wird diese der Behörde übermitteln.

Die CDU-Beiratsfraktion hat einen Antrag mit dem Titel „Schulsozialarbeiter“ vorgelegt.

Herr Scharf begründet den Antrag schriftlich.

Frau Sprehe schlägt eine Veränderung vor.

Herr Buchholz merkt zur Geschäftsordnung an, dass der Beirat nichts kritisieren kann, das als Faktum vor zwei Jahren bereits mitgeteilt wurde.

#### Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Bildung auf, sich für eine weitere Finanzierung auf Bundesebene einzusetzen und gleichzeitig die wichtige Tätigkeit der Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Vegesacker Schulen unbefristet zu gewährleisten.

#### Ergebnis:

- einstimmig -

Anfragen liegen nicht vor.

Weitere Tagesordnungspunkte werden auf Grund der späten Uhrzeit nicht mehr aufgerufen, sondern vertagt. Die Sitzung wird um 22.25 Uhr geschlossen.

### **Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

Vertagt.

**Tagesordnungspunkt 9**  
**Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Vertagt.

**Tagesordnungspunkt 10**  
**Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder**

Vertagt.

Dornstedt  
Vorsitzender

Jantz  
Schriftführerin

Sprehe  
Beiratssprecherin

Anlage